



GERHARD SEYFRIED/CARTURA GALERIE KASSEL

Was war damals los, was bleibt? Eine Diskussion über Neuerscheinungen zum Thema. Sowie neue Bücher dazu von Armin Nassehi, Will Jasper, Claus-Jürgen Göpfert und Bernd Messinger, Heinz Bude, Ulrike Heider, Gisela Elsner und André Müller sen.

■ ACHT SEITEN EXTRA

Kosmetik

Polen: Regierungspartei plant kleine Änderungen an »Justizreform«.
3 Von Reinhard Lauterbach

Kritik

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit legt Jahreswirtschaftsbericht für BRD vor
5

Kraftstoff

Französische Bauern protestieren gegen die Einfuhr von Palmöl.
9 Von Hansgeorg Hermann

Kämpfer

Zwischen Putsch und Guerilla: Die 68er-Bewegung in der Türkei.
12 Von Nick Brauns

Neue NATO-Mordzentrale

»Strategische Drehscheibe in Europa«: In Ulm wird ein Hauptquartier der Allianz für künftige Kriege eröffnet. Von Jörg Kronauer



MINDAIGAS/KULBISAP PHOTO/PICTURE ALLIANCE

US-Soldaten beim NATO-Militärmanöver »Saber Strike« (Säbelhieb) in Litauen (11.6.2018)

Das Bundesverteidigungsministerium hat mit den Vorbereitungen für den Aufbau eines neuen NATO-Hauptquartiers in Ulm begonnen. Dies hat ein Sprecher der Bundeswehr am gestrigen Dienstag bestätigt. Demnach entwickelt das Ministerium gegenwärtig ein »Grobkonzept« für die Einrichtung, die im NATO-offiziellen Militärjargon Joint Support and Enabling Command (JSEC) heißen soll. Die »wesentlichen Aufgaben« des JSEC werden laut Generalleutnant Martin Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis, »Planung und Koordination alliierter Truppenbewegungen in Europa, deren Unterstützung und deren Schutz« sein. Derlei Truppenbewegungen finden zur Zeit vor allem im Rahmen des NATO-Aufmarschs gegen Russland statt – in Form der Verlegung von Truppen nach Polen und in die baltischen Staaten, wo die NATO vier sogenannte Battlegroups stationiert hat.

Die Streitkräftebasis treibt den Aufbau des JSEC, den die NATO-Verteidigungsminister Ende vergangener Woche beschlossen haben, mit – für europäische Verhältnisse – hohem Tempo voran. Wie Schelleis bestätigt, soll eine vorläufige »Anfangsbefähigung« des Hauptquartiers bereits im Herbst 2019 erreicht werden. Voll einsatzbereit soll die Einrichtung Ende 2021 sein. Die Aktivierung des Ulmer Kommandos ist für den Kriegsfall vorgesehen, wenn NATO-Operationen in Europa bevorstehen, aber auch für den Fall großer Kriegsübungen auf dem europäischen Kontinent. Das Personal wird vor allem die Bundeswehr stellen, dabei aber Militärs aus anderen NATO-Staaten einbeziehen. Die Kosten werden überwiegend von Deutschland getragen, das dafür, wie es im Verteidigungsministerium heißt, seine Stellung als »strategische Drehscheibe in Europa« stärken kann.

Die Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne ist als Standort für das Hauptquartier ausgewählt worden, weil dort bereits ein Bundeswehr-Kommando untergebracht ist, das weltweite Einsätze führen kann: das Multinationale Kommando Operative Führung (MN KdoOpFü). Es besitzt die Fähigkeit, Operationen von Land-, Luft- und Seestreitkräften sowie Spezialtruppen in aller Welt zu planen, vorzubereiten und zu führen – von »humanitärer Hilfe« bis zu Kampfeinsätzen mit bis zu 60.000 Soldaten. Dazu beschäftigt es aktuell 650 Militärs aus 17 Ländern. Es hat sich, wie Schelleis berichtet, »als EU-Führungsstab bereits bewährt« und im Mai bei einem Manöver in Norwegen den Prozess für die Zertifizierung als NATO-Hauptquartier erfolgreich beendet. Ab dem 1. Juli wird es sich ein Jahr lang in Bereitschaft halten, um womöglich anfallende NATO-Operationen zu führen. Die

Übernahme derselben Aufgabe für die EU ab 2020 ist im Gespräch. Das neue Hauptquartier wird unter deutscher Hoheit aufgebaut und betrieben; es wird nicht in die NATO-Kommandostruktur, sondern nur in die NATO-Streitkräftestruktur eingegliedert und kann deshalb – wie das Multinationale Kommando Operative Führung in Ulm – auch für Einsätze der Bundeswehr auf nationaler Ebene oder für EU-Einsätze genutzt werden. Berlin behält sich also für künftige Kriege sämtliche Optionen vor. Auch geographisch ist der Rahmen weit gesteckt: Der »Verantwortungsbereich« des JSEC erstreckt sich, wie das Verteidigungsministerium bestätigt, »von Grönland bis nach Afrika, Europa und dessen Randmeere«. Nur die Verlegung von US-Truppen über den Atlantik wird künftig von einem zweiten neuen NATO-Hauptquartier in Norfolk (Virginia) aus organisiert.

Streit um Flüchtlingschiff entzweit EU-Staaten

Paris. Gut zwei Wochen vor dem Gipfel der EU zur Asylpolitik geht der jüngste Streit zwischen den Mitgliedstaaten zum Thema weiter. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron warf Italien wegen der verweigerten Aufnahme von mehr als 600 Schiffbrüchigen am Dienstag »Zynismus und Verantwortungslosigkeit« vor. Die EU-Kommission rief die Länder dazu auf, »endlich eine gemeinsame Asylpolitik« zu beschließen. Seit dem Wochenende harren auf dem Hilfsschiff »Aquarius« 629 aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aus. Angesichts der dramatischen Situation um das Boot rief der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, die Mitgliedsstaaten zum Schulterschluss auf. »Wir müssen das Sterben im Mittelmeer stoppen«, sagte er vor dem Europaparlament in Strasbourg. (AFP/jw)

■ Siehe Seite 7

40 Millionen Euro für »DDR-Forschung«



Berlin. Zur tendenziösen Erforschung der DDR-Geschichte und des »SED-Unrechts« fördert das Bundesforschungsministerium 14 Forschungsverbände mit insgesamt bis zu 40 Millionen Euro. Zu den Forschungsgegenständen zähle begangenes Unrecht etwa in Haftanstalten, Erziehungsheimen, im Gesundheitswesen sowie gegen Ausreisewillige, teilte das Ministerium am Dienstag in Berlin mit. Untersucht werden sollten zudem »Modernisierungsblockaden« in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die Nachwirkungen der DDR und ihres Endes bis heute sollen unter die Lupe genommen werden. Der Sender MDR Thüringen hatte zuerst über die Förderung berichtet, mit der Projekte unter der Federführung von Universitäten in Berlin, Leipzig, Mainz, Kiel, Jena, München, Bremen, Jena, Kaiserslautern, Dresden und Bochum bezuschusst werden. (dpa/jw)

Gipfelstürmer in Singapur

USA und Nordkorea streben eine umfassende Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel an

Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen hat gestern auf der Singapur vorgelagerten Insel Sentosa das erste Zusammentreffen der Staatschefs der USA und der Demokratischen Volksrepublik Korea stattgefunden. Beide Politiker, US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Un, zeigten sich höchst zufrieden mit den Ergebnissen ihrer Gespräche. Auf einer anschließenden Pressekonferenz erklärte Trump, von diesen sei eine »Botschaft der Hoffnung« und eine »Vision des Friedens« für die Welt ausgegangen.

Außerdem kündigte der US-Präsident an, bereits in der kommenden Woche Gespräche über die Details der Entnuklearisierung aufzunehmen, um das Momentum zu nutzen. Man werde dabei eng mit Südkorea, Japan und China zusammenarbeiten. Unterdessen hat auch Russland seine Hilfe bei der atomaren Abrüstung Nordkoreas angeboten. Trump stellte zudem in Aussicht, in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang zu reisen. Einen konkreten Zeitpunkt nannte er nicht. Kim werde er zu gegebener Zeit ins Weiße Haus ein-

laden, dieser habe bereits zugesagt, anzunehmen. Trump kündigte überdies einen Stopp der gemeinsam mit den südkoreanischen Streitkräften regelmäßig abgehaltenen Militärmanöver an, wengleich die US-Truppenpräsenz in Südkorea von derzeit 28.500 Soldaten vorerst nicht reduziert werde. Bestehen bleiben vorerst auch die gegen Nordkorea verhängten Sanktionen. Für Kim war es zweifellos ein Erfolg, dass sich die USA nunmehr bereit erklärten, der Volksrepublik Sicherheitsgarantien zu gewähren, die

Trump als »feste und unerschütterliche Verpflichtung« bezeichnete. In der von Trump und Kim ebenfalls am Dienstag unterzeichneten gemeinsamen Erklärung heißt es, dass sich die beiden Staatschefs verpflichtet haben, »zur Entwicklung neuer Beziehungen zwischen den USA und der DVRK sowie zur Förderung von Frieden, Wohlstand und Sicherheit auf der Koreanischen Halbinsel und auf der Welt zusammenzuarbeiten.« Rainer Werning

■ Siehe Kommentar Seite 8

jw wird herausgegeben von 2.101 Genossinnen und Genossen (Stand 27.4.2018)
www.jungewelt.de/lpg

